



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/IV/58

18. Mai 1949

Offenbarungseid der SED

Von Willy Brandt, Berlin

Kommandierte Wahlvorgänge sind nichts Neues, Wahlfälschungen auch nicht, aber im Zusammenhang mit den ostzonalen Wahlen zum sogenannten Volkskongress von besonderer Bedeutung. Einmal hat die Bevölkerung ihr "Nein" zu den kommunistischen Machenschaften so eindrucksvoll abgegeben, dass man diesen Willen im Gesamtergebnis nicht ganz ignorieren konnte, zum anderen haben sich die sowjetischen Drahtzieher offenbar damit abgefunden, dass sie in Paris den Volkskongress ohnehin nicht als "einzig legitimierte demokratische Vertretung" des deutschen Volkes präsentieren könnten, wenn sie ihre Vorschläge auch nur halbwegs ernst genommen wissen wollten. Also entschlossen sie sich, ihn als Mehrheitsvertretung der Ostzone zu deklarieren, um von diesem bescheideneren Ausgangspunkt her die Kampagne für eine Zusammenfassung des zusammengeschobenen Volkskongresses und der demokratischen Körperschaften der Westzone zu führen.

Eine Unzahl direkter Meldungen aus der Ostzone und im russischen Sektor Berlins berechtigt zu der Annahme, dass trotz allem Terror etwa 2/3 der Wähler gegen den Volkskongress entschieden hat. Es bedarf keiner komplizierten Beweisführung, dass die Kommunisten bei freien Wahlen keine 10 Prozent erhalten würden. Aber es ist beachtlich, dass die hart mitgenommene Bevölkerung des sowjetischen Machtbereichs angesichts der bevorstehenden Viermächteverhandlungen und ermuntert durch die Aufhebung der Blockade ein derartiges Risiko auf sich genommen hat. An dieser Tatsache wird man in Paris nicht vorbeisehen können.

Nach 20-stündigem Auszählen und Erisieren wurde als offizielles Ergebnis bekanntgegeben, dass 66,1 Prozent mit Ja gestimmt hätten. Aber man ging mit dem Zugeständnis an die Wahrheit immerhin soweit, dass vier Millionen Nein-Stimmen zugegeben wurden neben beinahe einer Million ungültiger Stimmen und über einer Million Nichtwähler. Für den Ostsektor Berlins registrierte man offiziell 418.000 Nein- und ungültige Stimmen sowie 83.000 Nichtwähler gegenüber 447.000 angeblichen Ja-Stimmen. Trotz der langen "Überprüfung" der Ergebnisse gab man also für Berlins Ostsektor zu, dass nur 47,1 Prozent aller Stimmberechtigten eine Ja-Stimme abgaben, für die Ostzone konzedierte man 40,5 Prozent Ablehner des Volkskongresses. Selbst aus diesen offiziellen Ergebnissen ergibt sich eine lange Liste von Orten, in denen das demokratische Nein gegenüber dem kommunistischen Ja in der Mehrheit liegt.

Bis zuletzt war mit der Furcht vor dem Terror gearbeitet worden. In unzähligen Fällen wurden Fälschungen festgestellt oder auch - wie im Fall des Brandenburgischen Innenministers - von oben per Rund-

schreiben angeordnet. Bis zuletzt wurde andererseits mit unschuldiger Miene behauptet, das Ganze sei ja doch nur ein Bekenntnis zum Frieden und zur Einheit Deutschlands. Die tapferen Menschen in der Ostzone haben sich dadurch nicht irreführen lassen.

Aber die Kommunisten und ihre Hintermänner hätten natürlich ein ganz anderes Endergebnis präsentieren können, und zwar in der Art der gleichzeitig stattgefundenen volksdemokratischen Wahlen in Ungarn und Bulgarien. Wenn sie es nicht taten, so dürfte der Hauptgrund darin zu suchen sein, dass sie noch nicht die Hoffnung aufgegeben haben, wesentliche Teile ihres ostzonalen Machtapparates irgendwie in eine Art gesamtdeutscher Organisation hindürrücken zu können. Dazu bedarf es einer Legitimation, es bedarf einer Propaganda, die den kommunistischen Block als Mehrheitsvertretung zumindest der Ostzone hinstellt, mit der sich die gewählten Vertreter anderer deutscher Gebiete guten Gewissens an einen Tisch setzen können.

Mit den Wahlen zum Volkskongress kam von russischer Seite die neue Parole der "nationalen Front", von der es jetzt heisst, dass sie auch nichtdemokratische Kräfte erfassen müsste. Es bleibt abzuwarten, ob sich darin eine Verlagerung der russischen Interessen von der SED auf rechtsnationalistische Kreise ausdrückt. Zunächst scheint sich etwas anderes anzubahnen, nämlich eine neue Kampagne gegen die Rechte der CDU und der Liberalen Partei in der Ostzone. Ihnen wirft man vor, dass sie als Blockpartner eine doppelzüngige Politik betrieben hätten. Hinter diesen Polemiken, die nur episodisches Interesse haben, steht aber die grosse bevorstehende politische Auseinandersetzung mit der Sozialdemokratie als der kommenden Mehrheitspartei des grössten Teiles der Ostzone.

Der Mut zum Nein

Aus dem Büro des Parteivorstandes der SPD wird mitgeteilt:

Die bekannt gewordenen Teilergebnisse über die am 15. und 16. Mai in der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands durchgeführten Wahlen zum sogenannten Volksrat sowie das nach einigen Verzögerungen verkündete offizielle Wahlergebnis bestätigen die Tatsache, dass trotz der angewandten Wahlzwangsmethoden das Resultat nicht den Erwartungen entspricht, die man sich von der SWA und ihren deutschen Quislingen erhofft hatte. Man hat die in einer "Volksdemokratie" üblichen Zählmanipulationen zu Hilfe nehmen müssen, um nachträglich noch einen Sieg verkünden zu können. Dieser sogenannte Sieg ändert jedoch nichts an der Tatsache, dass die Bevölkerung in der Sowjetzone sich zwar dem Wahlzwang beugen musste und zur Wahlurne ging, jedoch in ihrer überlegenden Mehrheit das herrschende Regime und seine Bankrottpolitik ablehnt und mit "Nein" gestimmt oder ungültige Stimmzettel abgegeben hat.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands grüsst mit Stolz und Zuversicht ihre Genossen in der Sowjetzone und erklärt ihre enge Verbundenheit mit ihrem Kampf um die Freiheit und echte Demokratie. Dieser Kampf ist ein entscheidender Beitrag im Kampf um ein einheitliches, freies Deutschland. Das "Nein" vom 15. und 16. Mai 1949 ist ein mahnendes Vorbild für alle freiheitlichen Kräfte. Der Ausgang des Kampfes um Berlin mit dem Aufheben der Blockade hat die Menschen in der Sowjetzone mit der Hoffnung erfüllt, eines Tages an wirklich demokratischen, freien Wahlen in der Ostzone teilzunehmen. Diese Wahlen werden eine vernichtende Antwort für diejenigen sein, die heute noch den wahren politischen Willen der Bevölkerung der Sowjetzone verfälschen können. Es ist nur zu hoffen, dass die sowjetische Besatzungsmacht das richtige Ergebnis der Wahlen als Massstab für die Bewertung der bisherigen Bankrottpolitik nimmt und daraus endlich die notwendigen Konsequenzen zieht.

Pariser Ziele für Paris

Von Alfred Frisch, Paris

Frankreich hat sich für die am 23. Mai in Paris beginnende Außenministerkonferenz noch auf keine bestimmte Haltung festgelegt. Man ist entschlossen, den Vereinigten Staaten die diplomatische Initiative weitgehend zu überlassen, da es nach französischer Auffassung weniger um die Regelung der deutschen Frage als um einen, wenigstens teilweisen, Ausgleich des amerikanisch-sowjetischen Gegensatzes geht.

In Pariser diplomatischen Kreisen ist man von den Erfolgsaussichten der Konferenz nicht allzu stark überzeugt, ohne deswegen besonders pessimistisch zu sein. In völliger Unkenntnis der sowjetischen Absichten hält man sowohl das Beste wie das Ungünstigste für möglich. Der Quai d'Orsay scheint entschlossen zu sein, trotz seinen westlichen Bindungen nach Möglichkeit wieder seine klassische Vermittlerrolle zu spielen, d.h., nichts zu unterlassen, was eine Einigung erleichtern könnte. In dieser Absicht ist Frankreich bereit, gewisse Zugeständnisse zu machen, unter der Voraussetzung, dass die Sowjetunion die Grundbegriffe der westlichen Politik nicht mehr infrage stellt.

Im Vordergrund befindet sich in diesem Sinne die Verteidigung der westlichen Demokratie. Für die französische Regierung ist heute die Demokratisierung Deutschlands der wichtigste Bestandteil und das hauptsächlichste Ziel des Abkommens von Potsdam. Wenn die Russen wieder auf Potsdam zurückkommen wollen, dann sollen sie es durch die Anerkennung der westlichen Demokratie beweisen. Wenn auch Frankreich eine stärkere Betonung der föderalistischen Gedanken gewünscht hätte, erkennt es trotzdem die Bonner Verfassung als zukünftige Grundlage für die demokratische Entwicklung Deutschlands an und erstrebt im Falle einer Einigung mit der Sowjetunion ihre Ausdehnung auf ganz Deutschland. Die im Osten ausgearbeitete Verfassung wird in Paris als Nachwerk der Sowjetunion abgelehnt. Dagegen ist man der Ansicht, dass, unabhängig von verschiedenen alliierten Richtlinien, der Parlamentarische Rat in Bonn in der Lage war, den tatsächlichen Willen des deutschen Volkes zu berücksichtigen.

Frankreich ist ferner nicht gewillt, die sich anbahnende westeuropäische Gemeinschaft einer Verständigung mit der Sowjetunion zu opfern. Zumindest Westdeutschland ist hiervon ein unentbehrlicher Bestandteil. Wenn die Sowjetunion bereit ist, Ostdeutschland genügend Freiheiten zu lassen, so dass ein geeintes Land innerhalb der europäischen Gemeinschaft mitarbeiten kann, wird diese Entwicklung in Paris begrüßt. Man möchte aber nicht die europäischen Pläne durch eine Loslösung Westdeutschlands von der zukünftigen westeuropäischen Föderation untergraben lassen. Der französische Außenminister wird dann bei den Pariser Besprechungen auf der Aufrechterhaltung der in London beschlossenen Ruhrkontrolle bestehen und zusammen mit seinen westlichen Kollegen eine Einflussnahme der Sowjetunion auf die westdeutsche Stahlindustrie möglichst verhindern. Die letzten Gerüchte und Pläne über eine baldige Räumung Deutschlands durch die Besatzungstruppen finden bei den Franzosen wenig Gegenliebe. Man hat nicht die Absicht, vier Jahre nach der nationalsozialistischen Kapitulation Deutschland vertrauensvoll seinem Schicksal

zu überlassen. Noch unerwünschter ist der Abzug der amerikanischen Divisionen aus Europa.

Die französische Ablehnung eines zentralistischen deutschen Einheitsstaates ist bekannt. Der Quai d'Orsay scheint entschlossen zu sein, jede Zentralisierung, die über die Bestimmungen der Bonner Verfassung hinausgeht, kompromisslos zu verwerfen. In diesem Zusammenhang sei allerdings abschliessend bemerkt, dass Aussenminister Schuman aller Wahrscheinlichkeit nach in keiner Weise die autonomistisch-separatistischen Bestrebungen in Bayern unterstützt. Die verantwortlichen französischen Politiker sind heute bereits realistisch genug, um die internationale Bedeutung der bayerischen Interessengruppen nicht zu überschätzen. Im allgemeinen erweckten die letzten bayerischen Bestrebungen in Frankreich mehr Misstrauen als Sympathie. Selbst die Gaullisten bewahren einen gewissen Abstand.

Wachsender schwedischer Mittelstand

R.H. Stockholm, Mitte Mai 1949

Die Rationalisierung führt zu ständigen Veränderungen im Gefüge der modernen Gesellschaft. Welche Ausmasse diese Veränderungen annehmen können, illustriert eine Veröffentlichung des Statistischen Amtes in Stockholm über die Verteilung der wahlberechtigten Bevölkerung Stockholms auf drei Sozialgruppen in den Jahren 1936, 1944 und 1948.

	1936	1944	1948
Sozialgruppe I ("Oberklasse")	14.4 %	13 %	11.5 %
" II ("Mittelklasse")	30.7 %	35.8 %	42.5 %
" III ("Arbeiterklasse")	54.9 %	51.2 %	46.0 %

Noch eindeutiger präsentiert sich die Entwicklung, wenn man statt der Anteilsprozente die absoluten Ziffern betrachtet. In den letzten 12 Jahren hat sich die Zahl der Wahlberechtigten der Sozialgruppe I von 56.015 auf 59.386, d.i. um 6 %, " II " 119.616 " 220.447, " " 84.3 %, " III " 214.184 " 238.078, " " 11.2 % erhöht.

Der Mittelstand, zu welcher Gruppe u.a. Kontorpersonal, Handelsangestellte, die unteren Beamtengruppen, Handwerker, Händler und Werkmeister gerechnet werden, hat seinen Anteil an der Gesamtbevölkerung in den letzten 12 Jahren nahezu verdoppeln können. Die "Arbeiterklasse", zu welcher hauptsächlich manuelle Arbeiter zählen, ist bei weitem nicht im gleichen Masse angewachsen. Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung ist wesentlich unter die 50%-Grenze gesunken. Hält diese Entwicklungstendenz an, so wird in absehbarer Zeit der Mittelstand innerhalb der Grosstadtbevölkerung stärker vertreten sein als die Arbeiterschaft.

Auch wenn man in Betracht zieht, dass obige Ziffern nicht ohne weiteres Rückschlüsse auf jede andere Grosstadt zulassen und dass eine klare Trennung der einzelnen Sozialgruppen von einander nicht immer möglich ist, veranschaulichen die Ziffern doch eindrucksvoll, mit welcher Schnelligkeit sich die Bevölkerungsschichtung verändert. Die Auswirkungen dieser Entwicklung werden das politische Leben in den demokratischen Ländern stark beeinflussen.

Das Sozial-Anpassungsgesetz

H.M. Mit der Genehmigung des Sozialrenten-Anpassungsgesetzes durch die Militärregierung hat eine Arbeit des Wirtschaftsrates ihren Abschluss gefunden, die für die Alters- und Invalidenrentner lebenswichtig ist. Noch ist freilich mit diesem Gesetz keine voll befriedigende Rentenleistung erreicht worden: die Mindestrente beträgt auch nach der Erhöhung immer noch nur 50.-- DM im Monat, für die Witwe gar nur 40.-- DM. Die mit dem Gesetz geschaffenen Teuerungszuschläge von 15.-- DM je Monat lindern aber wenigstens etwas von der Not, der die alten und arbeitsunfähigen Menschen durch die Verteuerung der Lebenshaltung im besonderen Masse ausgesetzt sind.

Das Gesetz, aus einem Antrag der SPD hervorgegangen, löste harte Kämpfe aus. CDU und FDP wünschten, dass man sich auf die Erhöhung der Renten in Form eines Teuerungszuschlages beschränken sollte. Demgegenüber forderte die SPD, dass gleichzeitig einige Bestimmungen der Invalidenversicherung geändert werden müssten, durch die die Arbeiter und ihre Hinterbliebenen gegenüber den Angestellten benachteiligt sind. Es handelt sich dabei darum, dass die Witwe eines Angestellten ohne Rücksicht auf ihr Alter oder ihre Arbeitsfähigkeit schon immer eine Rente erhielt, während die Witwe eines Arbeiters die Rente erst bei eigener Arbeitsunfähigkeit bekam. Auch musste ein Arbeiter erst zu $66 \frac{2}{3}$ Prozent erwerbsunfähig sein, ehe sein Anspruch gegeben war, während bei einem Angestellten eine 50-prozentige Arbeitsunfähigkeit ausreichte.

Die Beseitigung solchen Unrechts war für die Sozialdemokraten eine Selbstverständlichkeit und sie hielten an ihren Forderungen gegenüber allen Einwänden, dass man sich in der gegenwertigen Zeit solche Korrekturen nicht leisten könne, fest. Die Leitung der CDU konnte sich aber auf die Dauer der notwendigen Rücksichtnahme auf die Wünsche ihres gewerkschaftlichen Flügels nicht entziehen und schliesslich wurde das Gesetz mit den Stimmen der SPD und der CDU gegen die Stimmen der Demokraten angenommen.

Es folgten nun noch langwierige Verhandlungen mit Vertretern des Länderrats. Hierbei entschlopfte einem der Sachverständigen die Bemerkung, dass man seinerzeit sehr gute Gründe dafür gehabt habe, die Angestellten besser zu behandeln, als die Arbeiter, und dass er keine Veranlassung dafür sehe, diese Klassenscheidung jetzt zu überbrücken. Schliesslich aber wurde das Gesetz auch an dieser Klippe vorbeigebracht und die letzte Entscheidung lag nun bei der Militärregierung.

Von bestimmter deutscher Seite ermuntert, meinte die Militärregierung offenbar, dieses Gesetz besonders streng prüfen zu müssen. Die sich daraus ergebende Verzögerung wurde abermals von deutscher Seite benutzt, den Antrag zu stellen, das von der Mehrheit beschlossene Gesetz zurückzuziehen und sich auf die Teuerungsvorschläge zu beschränken mit der Begründung, die Militärregierung habe eine solche Beschränkung als wünschenswert erkennen lassen. Das alles hat die Sozialdemokratische Fraktion nicht beirrt.

Die um beinahe vier Monate verzögerte Genehmigung durch die Militärregierung bedeutet allerdings, dass das Gesetz nicht - wie ursprünglich beabsichtigt - am 1. Januar, sondern erst ab 1. Juni

in Kraft tritt. Das ist hart für alle, die nun schon so lange vergeblich auf die Aufbesserung ihrer Renten warten müssen. Wahrscheinlich werden nun alle, die auf deutscher Seite an der Verzögerung des Gesetzes mitgewirkt haben, sagen, dass bei Verzicht auf die Gleichstellung von Arbeitern und Angestellten die Teuerungszuschläge schon früher hätten durchgesetzt werden können. Es haben aber nicht nur die Rentenempfänger Anspruch auf Hilfe, sondern auch diejenigen, denen eine unzureichende Regelung die Rente bisher im vollen Umfange vorenthielt.

Die Hilfsbedürftigen wissen am besten, dass die Solidarität noch immer das wirksamste Mittel zur Durchsetzung ihrer berechtigten Ansprüche war. Hätten alle Parteien gemeinsam mit der Sozialdemokratie und aufrichtig die längst fällige Gleichstellung der Arbeiter gewollt, dann hätte die Militärregierung nur schwerlich Grund gehabt, gegen ein so einmütiges Bekenntnis zur sozialen Gerechtigkeit Bedenken anzumelden. Das wäre ein gutes Thema für die Demonstration eines einheitlichen deutschen Willens gewesen. Weil es aber "nur" um einen sozialen Inhalt ging, hat man lieber darauf verzichtet.

Die Tagung in Baarns

Von einem Teilnehmer an der Tagung der Sozialistischen Internationale in Baarns (Holland) wird uns mitgeteilt:

Diese Zusammenkunft war selbst unter Anlegung eines strengen Kasstabes ein guter Erfolg. Vertreten waren alle europäischen Parteien der sozialistischen Arbeitsgemeinschaft - noch Tradition und Leistung, sozusagen die Elite des Gedankens eines europäischen Zusammenschlusses, wie er jetzt endlich greifbare Formen anzunehmen beginnt.

So war es natürlich, dass der stärkste Nachdruck bei dieser Zusammenkunft auf dem Thema der europäischen Einigung lag. Hier war man sich einig, dass die sozialistischen Parteien ihr Hauptinteresse auf die Mitarbeit am Europäischen Rat in Strassburg legen sollten, der der einzige wirklich zuverlässige und entwicklungsfähige Ansatzpunkt sei. Alle Parteien haben sich einverstanden erklärt, dass die sozialistischen Delegierten des Europa-Rates vor der ersten Sitzung in Strassburg zu einer Art Fraktionssitzung zusammentreten sollen, damit die sozialistische Politik in dieser Körperschaft in irgendeiner Form koordiniert werden kann.

Was das Verhältnis zu den verschiedenen privaten Europa-Bewegungen betrifft, so bestand bei der Mehrzahl der Delegierten die Auffassung, dass diesen Bewegungen auch heute noch eine wirklich breite Resonanz fehlt, dass sie auch keine echte Legitimation besitzen, dass es aber durchaus möglich und ratsam sei, mit ihnen in bestimmten Fragen zusammenzuarbeiten. Die Labour Party, die bisher gerade in dieser Hinsicht erhebliche Zurückhaltung zeige, ist nunmehr zu grösserem Entgegenkommen bereit, sie hat es jedem freigestellt, in diesen Bewegungen mitzuarbeiten. Eine einheitliche Faktik in allen Ländern gegenüber der Europa-Bewegung ist nicht möglich, weil die personelle Zusammensetzung der einzelnen Länder-Prämien und auch andere sachliche Voraussetzungen allzu unterschiedlich sind.

Die Diskussion des wirtschaftlichen Themenkreises - allgemeine

Verwaltungsprobleme in den internationalen Industrien und internationale Kontrolle der Schlüsselindustrien - hat noch zu keinen endgültig klärenden Beschlüssen geführt. Im Grunde hat sich eigentlich neben der aufrichtigen Bereitschaft, Lösungen zu finden, nur die ungeheure Kompliziertheit der Materie erneut erwiesen. Das mag zum Teil daran liegen, dass die von einer Expertenkonferenz im Frühjahr erarbeiteten Referate noch keine unbedingt brauchbare Grundlage für weitere Beschlüsse geschaffen haben. Man hat sich immerhin auf ein Fünf-punkte-Programm allgemeiner Art geeinigt und die Experten aufgefordert, ihre Arbeit fortzusetzen.

Erfreulich war die Regelung der Frage des Verhältnisses zu den emigrierten sozialistischen Parteien aus Osteuropa, und zwar aus Polen, der Tschechoslowakei, Ungarn, Jugoslawien und Bulgarien. Bei den Rumänen steht noch die interne Einigung aus. Es wird eine Arbeitsgemeinschaft dieser emigrierten Parteien gebildet werden, die danach, einzeln, auch Mitglieder der Internationale werden können, freilich nur mit beratender Stimme.

Gerade vom deutschen Standpunkt aus sehr wichtig war das Problem der Behandlung der saarländischen Sozialdemokratie. Der deutsche Standpunkt, angesichts der völlig ungeklärten staatsrechtlichen Situation des Saargebietes, der Sozialdemokratischen Partei dieses Landes keinerlei Sonderstellung zuzugestehen, fand keine Billigung. Zwar hat man ihr nicht das Stimmrecht zugebilligt, sie aber als Beobachter zugelassen. Angenommen wurde dann aber - und dies auch mit französischer Unterstützung - ein Beschluss, dass in diesem Zugeständnis keinerlei Vorentscheidung hinsichtlich der staatsrechtlichen Situation der Saar zu sehen sei, die nur im Rahmen der kommenden Friedensvertragsverhandlungen geregelt werden könne.

Zum ersten Mal war auch eine Delegation aus Griechenland von ihrer Regierung mit den notwendigen Devisen für eine solche Fahrt ausgestattet worden - ihre Berichte über die Lage im Lande waren interessant, aber keineswegs erfreulich. Die Partei steht der gegenwärtigen Regierung sehr kritisch gegenüber.

Am 7. Juli wird eine Organisationskonferenz des COMISCO einberufen werden, zu der jede Partei einen Delegierten entsenden wird. Man will sich bemühen, die Organisation der Arbeitsgemeinschaft und ihrer Organe wirksamer zu gestalten. In diesem Zusammenhang ist an die Benennung eines hauptamtlichen Generalsekretärs gedacht, der die vielfachen Voraussetzungen für dieses schwierige Amt mitbringen muss und seine ganze Zeit dieser wichtigen Aufgabe zu widmen hätte. (u/1/185/hs)

*

Englands Delegierte für Strassburg. (sp.) In London erwartet man in zwei bis drei Wochen die Bekanntgabe der Politiker, die England im Europa-Rat, der nach Strassburg einberufen wurde, vertreten sollen. Die insgesamt 18 Delegierten werden offiziell zwar von Ministerpräsident Attlee nominiert, er wird sich dabei aber weitgehend an die Vorschläge halten, die eine aus den verschiedenen Parteien zusammengesetzte Kommission unterbreiten wird. Man einigte sich bei der Verteilung der Sitze nach dem im Unterhaus bestehenden Kräfteverhältnis von 12 : 5 : 1 zwischen Labour Party, Konservativen und Liberalen zu verfahren, doch dürfte die Labour Party noch den einen oder anderen ihr zustehenden Sitz an die beiden anderen Parteien abtreten. Sollte von den Konservativen Winston Churchill als Delegierter benannt werden, so wird die Labour Party wahrscheinlich ein Mitglied des Kabinetts mit der Führung ihrer Delegierten beauftragen. (b/B.66/185/hs)